

## **Stellungnahme der VERBUND AG**

**zur Verordnung der E-Control über die Regelungen zur Gaskennzeichnung und zur Ausweisung der Herkunft nach Primärenergieträgern (Gaskennzeichnungsverordnung)**

### **Hauptanliegen von VERBUND:**

- Sicherstellung, dass die Herkunftsnachweise den Vorgaben gem. Art. 19 Abs. 7 der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RL 2018/2001/EG) entsprechen und dass bei Exporten und Importen von Herkunftsnachweisen eine elektronische Übertragung dieser Eigenschaften erfolgt.
- Rasche elektronische Anbindung des Gaskennzeichnungssystems an die Systeme anderer Mitgliedstaaten, sofern diese den Anforderungen des § 6 (2) der vorliegenden Verordnung entsprechen.
- Klarstellung in § 4 (3) Zi 3 und § 5 (2), dass die Darstellung freiwilliger Maßnahmen zur Klimaneutralstellung („Carbon Offsetting“) von Erdgas auf Endkundenrechnungen und Werbematerial weiterhin zulässig ist.

## Allgemeine Anmerkungen

VERBUND begrüßt die Vorlage des Entwurfs für eine Gaskennzeichnungsverordnung (GK-VO) und bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Vor dem Hintergrund der ambitionierten Dekarbonisierungsbestrebungen der Europäischen Union, die langfristig zu einer nahezu vollständigen Dekarbonisierung des Energie- und Wirtschaftssystems führen sollen, kommt dem Energieträger Gas eine besondere Rolle zu. Im Zuge der Sektorkopplung, also der Verknüpfung der Sektoren Energie, Wärme, Verkehr sowie dem Industriesektor, können fossile Energieträger durch Grünstrom oder erneuerbare Gase sowie grünen Wasserstoff, die mit erneuerbarem Strom erzeugt wurden, teilweise substituiert werden. Gleichzeitig können durch derartige Power-to-Gas Anwendungen große Mengen erneuerbaren Überschussstroms auch saisonal gespeichert und der Endverbrauch dadurch zeitlich in Perioden mit verstärktem Energiebedarf bzw. geringerem Energieangebot verschoben werden - mit dem volkswirtschaftlich positiven Nebeneffekt, dass die bestehende Gas-Infrastruktur auch bei einem langfristigen Rückgang des fossilen Erdgases weiterhin durch erneuerbare Gase genutzt werden kann.

Ziel des vorliegenden Verordnungsentwurfs ist es, den Endkunden transparent die Herkunft des von ihnen bezogenen Gases aufzeigen, so wie dies im Stromsektor bereits praktiziert wird. Im Lichte der oben beschriebenen Sektorkopplung umfasst der Entwurf neben biogenen Gasen auch grünen Wasserstoff sowie synthetisches Methan. Anzumerken ist, dass sich der Entwurf nur auf ins Erdgasnetz eingespeiste Mengen bezieht und damit viele Anwendungsfälle der oben beschriebenen Sektorkopplung (bspw. im Mobilitäts- und im Industriebereich) nicht von der Generierung von Herkunftsnachweisen profitieren werden, weil sie in der Regel nicht ins öffentliche Gasnetz einspeisen.

VERBUND begrüßt den Ansatz, die im Stromsystem in Österreich bereits etablierte Kennzeichnung auch auf den Gasbereich auszudehnen. Um verstärkt Transparenz in den Gasabsatz zu bringen, ist es zentral, die Gas-Herkunftsnachweise auch entsprechend den Kriterien der kürzlich im Rahmen des Clean Energy Packages verabschiedeten Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RL 2018/2001/EG) auszustellen und hier die in Art. 19 Abs. 7 angeführten Kriterien auf den Herkunftsnachweisen zu berücksichtigen. Sowohl bei Exporten als auch bei Importen muss eine elektronische Übertragung sämtlicher Eigenschaften der Anlagen gem. Art. 19 Abs. 7 möglich sein.

Um den Handel mit Herkunftsnachweisen im Binnenmarkt zu beleben, sollte in § 6 GK-VO auch festgehalten werden, dass analog zum Stromkennzeichnungssystem möglichst bald eine elektronische Anbindung an andere Mitgliedstaaten, die den Kriterien des § 6 (2) entsprechen, anzustreben ist.

VERBUND ersucht zudem um Klarstellung in § 4 (3) Zi 3 und § 5 (2), dass die Darstellung freiwilliger Maßnahmen zur Klimaneutralstellung („Carbon Offsetting“) von Erdgas auf Endkundenrechnungen und Werbematerial weiterhin zulässig ist.

Um eine starke Fragmentierung von Administration bzw. Abwicklung der Nachweisführung für erneuerbare Energien mit unterschiedlichen Zielsetzungen (z.B. Transparenz, Biofuels, Förderungen) zu vermeiden, wäre die Schaffung einer zentralen Datenbank anzuregen.

Im Hinblick auf die eingangs erwähnte Sektorkopplung ist festzuhalten, dass es auch zahlreiche Einsatzmöglichkeiten für erneuerbare Gase gibt, bei denen es zu keiner Einspeisung in das öffentliche Gasnetz kommt – insbesondere gilt dies beim Einsatz von grünem Wasserstoff in der Industrie oder auch im Mobilitätssektor. Der vorliegende Entwurf sowie potenzielle zukünftige nachfragesteigernde Maßnahmen, die bei der Einspeisung ins Gasnetz ansetzen, entfalten keinerlei Incentivierungseffekt auf nicht ins Gasnetz einspeisende Projekte, die dennoch in einem erheblichen Ausmaß zur Dekarbonisierung des Wirtschaftssystems beitragen werden. Aus Sicht von VERBUND wäre es daher für eine breite Ausrollung von Sektorkopplungstechnologien zentral, dass auch diese „Off-Grid-Wasserstoff“ Projekte mit Herkunftsnachweisen mitbedacht werden, dass also beispielsweise auch die Erzeugung von grünem Wasserstoff, der direkt in der Industrie eingesetzt wird, Herkunftsnachweise generiert, die in weiterer Folge am Markt verkauft werden können. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Erlösstrom für jene Akteure, die grünen Wasserstoff erzeugen bzw. einsetzen, wodurch der Einsatz dieser klimafreundlichen Technologie angereizt wird. Dies ist insbesondere deshalb relevant, weil im industriellen Bereich keinerlei Ziel-Quote vorgegeben ist (im Gegensatz zum Mobilitätsbereich, wo die REDII ein 14%-Ziel im Hinblick auf den Anteil erneuerbarer Energie im Transportsektor vorsieht), und der Lenkungseffekt allein über den CO<sub>2</sub> Preis erfolgt. Die Erzeugung von konventionellem Wasserstoff ist jedoch bis 2030 ein Carbon-Leakage geschützter Sektor, das heißt die anfallenden CO<sub>2</sub> Kosten bei der Wasserstoff-Herstellung werden durch die Zuteilung von Gratis-Zertifikaten abgegolten. Die Generierung von HKN für grünen Wasserstoff, auch wenn er nicht ins öffentliche Netz eingespeist wird, wäre ein mögliches Instrument, diese erzeugungsseitige Benachteiligung auszugleichen.

**Kontakt:**

Wien, Februar 2019

VERBUND AG  
Mag. Roland Langthaler  
Am Hof 6a, 1010 Wien  
Tel: +43 (0)50313-53116  
e-mail: [roland.langthaler@verbund.com](mailto:roland.langthaler@verbund.com)  
[www.verbund.com](http://www.verbund.com)